

Hakan Taş (MdA)

Hakan Taş, geboren am 15. September 1966 in Kemah (Türkei). Hakan Taş zog 1980 mit 14 Jahren nach Deutschland und lebt in Berlin. Er absolvierte eine Ausbildung zum Kaufmann. Später war er als freier Autor tätig. Taş wurde Mitglied in der Partei Die Linke und engagierte sich für die Rechte von Einwanderern in Berlin. Bei der Wahl am 18. September 2011 gelang ihm der Einzug in das Abgeordnetenhaus von Berlin.

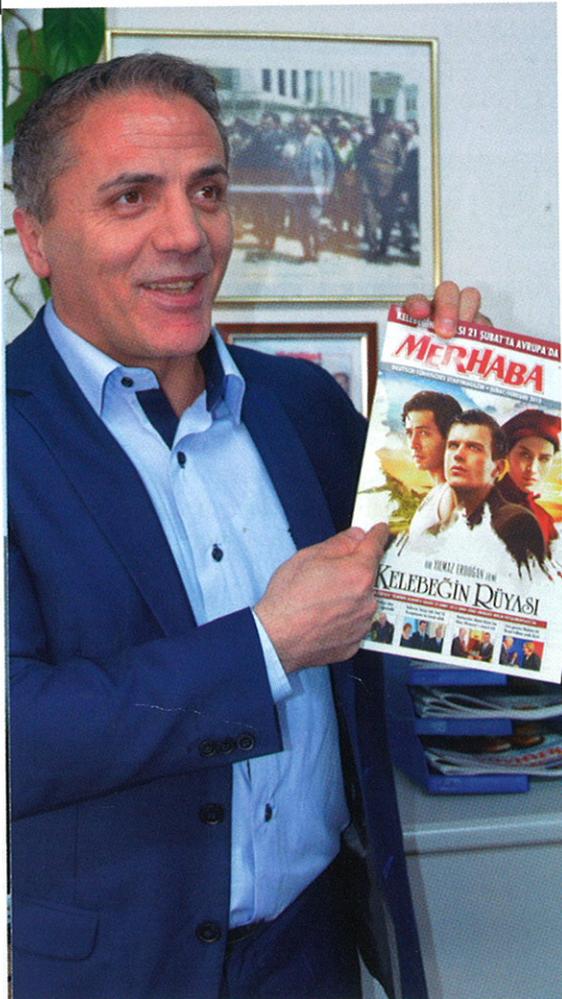
von GÖZDE BÖCÜ



Wir, DIE LINKE, wollen mindestens das Ergebnis von 2009 halten, wenn möglich, verbessern.



Unser Ziel ist „Partizipation und Gleichberechtigung für alle Menschen mit Migrationshintergrund“ in der Bundesrepublik zu erreichen.



Nach ihrer Wahl zum Abgeordneten im Berliner Parlament legten Sie einen erfolgreichen Weg für sich und Ihre Partei zurück, wie wollen Sie diesen Erfolg auf Bundesebene fortsetzen, wenn Sie bei den Bundestagswahlen am 22. September 2013 gewählt werden sollten?

Wir, DIE LINKE, wollen mindestens das Ergebnis von 2009 halten, wenn möglich, verbessern. Das gilt auch für Berlin. Wir möchten unsere 4 direkt gewonnenen Wahlkreise verteidigen. Wichtig ist die Wähler_innen davon zu überzeugen, dass weder Schwarz-Gelb noch Rot-Grün wirklich willens und in Lage sind, eine Arbeitnehmer_innen orientierte, soziale Politik zu gestalten.



Sie sind Sprecher für Partizipation und Flüchtlinge in Ihrer Partei, was wollen Sie für die Stärkung der politischen Partizipation türkischstämmiger und türkischer Bürger in Deutschland tun?

Unser Ziel ist „Partizipation und Gleichberechtigung für alle Menschen mit Migrationshintergrund“ in der Bundesrepublik zu erreichen. Das unter SPD-Linke in Berlin verabschiedete, bundesweit erste „Partizipations-, und Integrationsgesetz“ war ein wichtiger Schritt, das auch auf Bundesebene verabschiedet werden sollte.

Wie stehen Sie zu einer Wiedereinführung der doppelten Staatsbürgerschaft für türkischstämmige Deutsche und Türken in Deutschland?

Die LINKE ist für ein neues, einfaches Einbürgerungsrecht unter Hinnahme der Mehrstaatigkeit. Wir sind auch für die Abschaffung der Einbürgerungsprüfungen.

Wie schätzen Sie den Einfluss der NSU-Prozesse auf die Gesamtgesellschaft und insbesondere in Hinblick auf

Diskriminierungen können nur als Ganzes bekämpft werden

Integrationspolitik ein? Was wollen Sie gegen institutionellen Rassismus tun?

Die ganze NSU-Entwicklung hat das Vertrauen in die Sicherheitsorgane und die Politik erschüttert. Das hat negative Auswirkungen auf das Zusammenleben in unserem Land. Um den institutionellen Rassismus zu bekämpfen muss erst die Politik grundlegend geändert werden („von der Integrationspolitik zur Gleichstellungspolitik“), d.h. auch: die politisch Verantwortlichen müssen mit einseitigen Schuldzuweisungen aufhören und die großen gesellschaftlichen Leistungen der Eingewanderten und ihrer Nachkommen endlich anerkennen. Zweitens, muss die ganze öffentliche Verwaltung eine interkulturelle Kompetenz erhalten.

Homosexualität ist insbesondere immer noch ein schwieriges Thema für die tür-

kischstämmigen und türkischen Bürger in Deutschland. Wie wollen sie gegen Homophobie in der Gesamtgesellschaft und in der türkischen Community kämpfen?

Der Homophobie muss mit Aufklärung, die in der Grundschule anfangen muss, entgegengetreten werden. Zudem muss klar gemacht werden, dass es wer Rassismus und Diskriminierung beklagt, sich auch gegen Homophobie stellen muss, denn Diskriminierungen können nur als Ganzes bekämpft werden.

Was sind für Sie die wichtigsten Fragen für die kommende Legislaturperiode, die Sie unbedingt beeinflussen möchten?

Für die LINKE sind die Wiederherstellung des Sozialstaates (zum Beispiel Grundlegende Änderungen bei Hartz IV, flächendeckender Mindestlohn), zur Verfügungstellung von bezahlbarem Wohn-



raum, keine Bundeswehreinätze im In- und Ausland, Reform der Einbürgerung wichtige Ziele für die kommende Legislaturperiode.